

Abrechnung Konsum

182

4. Die Regierung wird aufgefordert, ein entsprechendes Mehlsquantum (1200 Waggon) für die Zeit des Überganges bis zur definitiven Verbrauchsregelung zur Verfügung zu stellen.
Der Bürgermeister macht einige Mitteilungen über die von der Gemeinde Wien angekauften Lebensmittelvorräte und stellt für die nächste Sitzung einen detaillierten Bericht in Aussicht.

Weiters verliest der Bürgermeister den nachstehenden Ausweis über die Kohlenversorgung Wiens.

Zusammenstellung

der Ausgaben und Einnahmen der Länderbank für Rechnung der Gemeinde Wien anlässlich der Kohlenversorgung vom 19. November 1914 bis 22. Februar 1915.

Ausgaben.	
Für angekaufte Kohle	1,216.666 K 51 h
(die im Februar eingelagerte Kohle ist in diesem Betrage nicht enthalten, da erst mit Monatschluß fakturiert wird)	
Für Frachten	912.546 " 67 "
Für Herstellungen in den Depots	98.029 " 54 "
Für Betriebsauslagen (einschließlich Zentralspesen)	37.086 " 55 "
Summe der Ausgaben	2,264.329 K 27 h
Einnahmen für verkaufte Kohle	1,474.067 " 56 "
Mehrausgaben	790.261 K 71 h

Hierauf teilt der Bürgermeister den nachstehenden Bericht der Stadtbuchhaltung über das Gebarungsergebnis im ersten Halbjahre 1914 mit.

Gebarungsergebnis

für das erste Halbjahr 1914.

Ordentliche und außerordentliche Einnahmen	124,399.762 K 79 h
Ordentliche und außerordentliche Ausgaben	121,475.103 " 16 "
Überschuß	2,924.659 K 63 h

Veranschlagt.

Einnahmen	116,136.560 K
Ausgaben	120,527.710 " Abgang 4,391.150 " — "
Gebarung somit günstiger um	7,315.809 K 63 h

(Nach Ausschreibung der Investitions-Gebarung:)

Einnahmen der eigenen Gelder höher um	3,019.865 K 96 h. *)
Ausgaben der eigenen Gelder niedriger um	4,295.943 K 67 h. **)

*) Hauptsächlich durch höhere Einnahmen an Kommunalsteuern und Gebühren (Hauszinssteuern, Zuschlag zur l. f. Erwerbsteuer von den der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen, Anteil der Gemeinde Wien an dem Ertrage der staatlichen Branntweinsteuer) und durch höhere Abfuhr des Wiener allgemeinen Versorgungsfonds.

**) Hauptsächlich infolge geringerer Ausgaben für Hochbauten, Brücken, Gartenanlagen, Kanäle, Friedhöfe, Volksbäder und für das Armenwesen, dann durch den Wegfall des präliminierten Zuschusses an die städtische Stellwagenunternehmung infolge Vortrages des Verlustes in der Bilanz dieser Unternehmung.

Inventar:

	Aktivstand	Passivstand
Gemeindevermögen	886,433.639 K 66 h	806,319.342 K 32 h
Gemeindegut	404,168.400 " — "	— " — "
Gemeindeeigentum	1,290,602.039 K 66 h	806,319.342 K 32 h
	Reines Aktivum	Zunahme gegen das Vorjahr
Gemeindevermögen	80,114.297 K 34 h	6,175.446 K 21 h
Gemeindegut	404,168.400 " — "	6,709.400 " — "
Gemeindeeigentum	484,282.697 K 34 h	12,884.846 K 21 h

Ober-Magistratsrat Dr. Konstantin Mayer berichtet über den Ankauf von Schweinen sowie über die Konservierung des aus denselben gewonnenen Fleisches und Specks.

Mit Rücksicht auf den Schweinemangel sei über Anregung des Herrn Bürgermeisters die Bewilligung zur Einfuhr von Schweinen aus Rumänien erwirkt worden, für Deutschland stehe sie noch aus. Die Länderbank werde das Geschäft durchführen, die Großschlächtereien die manuelle Arbeit leisten. Gewinn und Verlust würde die Gemeinde Wien tragen. Es bestehe auch die Absicht, Dauermurst zu erzeugen und Rindfleisch einzupökeln; nähere Kalkulationen hierüber liegen jedoch noch nicht vor. Die Einlagerung des Fleisches könnte im Gefrierhaus des Pferdebeschlahaus erfolgen. Die Haltbarkeitsdauer werde von der Großschlächtereien ohne Umlegung für Fleisch mit vier Monaten, für Speck mit drei Monaten festgesetzt.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, daß infolge Futtermangels in Deutschland viele Schweine geschlachtet werden müßten; sollte es möglich sein, größere Quantitäten zu erlangen, so werde er diese Gelegenheit immer ergreifen.

Gem.-Rat Reumann anerkennt diese fürsorgliche Tätigkeit und erklärt, es solle dem Herrn Bürgermeister die Ermächtigung gegeben werden, zu kaufen, was zu kaufen ist.

Die Obmänner-Konferenz erklärt sich mit den Vorschlägen des Ober-Magistratsrates Dr. Konstantin Mayer einverstanden.

Magistratsrat Dr. Ehrenberg referiert über die Aktion der Gemeinde Wien wegen Verwendung von Baugelände und Ödland zu Zwecken des Gemüse-, insbesondere aber des Kartoffelanbaues und führt aus, daß, wenn auch nach dem Berichte des Marktamtes die Versorgung mit Gemüse ausreiche, mit Rücksicht auf den Mangel an Arbeitskräften, Zugtieren, mit Rücksicht darauf, daß auf dem Marchfeld Befestigungsarbeiten ausgeführt werden, daß die Zufuhr aus Galizien ganz eingestellt ist und daß infolge der Fleischsteuerung man sich mehr der vegetabilischen Kost zuwenden werde, der Anbau von Gemüse empfehlenswert erscheine.

Ein Erlaß des Herrn Bürgermeisters über die Verwendung brachliegender Gründe für Gemüseanbau habe zur Einsetzung eines Komitees geführt, an dessen Spitze der Magistrats-Direktor stehe. Dem Komitee gehören an: Gem.-Rat Oberleutner, Marktamt-Direktor Bauer, Fortstinspektor Klus, Magistratsrat Dr. Ehrenberg und fallweise Direktor Hybler. Das Hauptaugenmerk werde auf den Kartoffelbau zu richten sein, da für den Gemüseanbau Dünger notwendig, aber schwer erhältlich sei. Die Kartoffel stellen die geringsten Anforderungen an die Bodenqualität und seien daher für Massenbau sehr geeignet. Er habe an alle Bezirksämter und